

LWBW2 Landtagswahlprogramm der GRÜNEN JUGEND Bayern - Wir planen den Wechsel!

Gremium: Landesvorstand GRÜNE JUGEND Bayern

Beschlussdatum: 01.11.2017

Tagesordnungspunkt: TOP 07 Landtags- und Bezirkstagswahlen 2018

1 2018 sind Landtagswahlen in Bayern. Die CSU regiert seit Jahrzehnten meistens
2 alleine. Dadurch wurden in vielen gesellschaftlichen Bereichen wichtige Reformen
3 zurückgehalten. Für uns ist klar: Bayern kann nur mit einer Regierung jenseits
4 der CSU die notwendigen Schritte nach vorne machen!

5
6 In unserem Programm zur Landtagswahl 2018 fassen wir unsere wichtigsten Punkte
7 zusammen, für die wir im Wahlkampf streiten wollen. Für euch, mit euch: Wir sind
8 der Wechsel in Bayern!

9
10 Für ein Update in der Bildung!

11
12 Bildung darf im 21. Jahrhundert nicht mehr von der finanziellen Situation der
13 Eltern abhängen. Deshalb fordern wir die Einführung einer Gesamtschule bis zur
14 zehnten Klasse, in der mit gut ausgebildetem Personal auf die speziellen
15 Bedürfnisse der Kinder eingegangen werden kann. Außerdem setzen wir uns für die
16 Abschaffung des "Sitzenbleibens" ein. Weiter fordern wir die Abschaffung der
17 Hausaufgaben, da nicht nur in der Schule, sondern auch durch Lebenserfahrung
18 viel gelernt wird. Wir brauchen eine Bildung, die auf die Bedürfnisse der
19 Schüler*innen eingeht und bei der genügend Ansprechpartner*innen, Räume und
20 Gelder bereitgestellt werden, um das Lernen optimal zu fördern. Auch Schule muss
21 ein Ort werden, an dem Demokratie geübt und auch tatsächlich praktiziert wird.
22 Genauso wie Lehrkräfte müssen die Schüler*innen gewählte Vertreter*innen in den
23 entscheidungstragenden Gremien einer Schule haben, die sich für ihre Interessen
24 einsetzen. Gerade für die jüngeren Schüler*innen braucht es auch kurze Wege zur
25 Schule. Da Bus- oder Bahnfahren nicht immer vermieden werden kann, fordern wir,
26 den Schulbeginn auf 9 Uhr zu legen. Mit der Gemeinschaftsschule muss auch die
27 schulische Inklusion auf dem Land gelingen.

28
29 Wir setzen uns ein für:

- 30 • Eine Gesamtschule bis zur zehnten Klasse
- 31 • Mehr gut ausgebildetes Lehrpersonal
- 32 • Das Abschaffen von Sitzenbleiben und Hausaufgaben
- 33 • Mehr Demokratie an bayerischen Schulen
- 34 • Schulbeginn ab 9 Uhr

35 Menschliche Geflüchtetenpolitik statt Leitkultur!

36
37 Nicht erst seit den Migrationsbewegungen ab 2015 ist Bayern eines der
38 Bundesländer, die am härtesten gegen Geflüchtete vorgehen. Wir fordern, dass
39 Geflüchtete in Bayern nach der Erstaufnahme dezentral untergebracht werden
40 müssen. Sammel- und Abschiebelager sind unmenschlich! Zudem müssen Geflüchtete

41 über eine landesweit eingeführte Gesundheitskarte einen einfachen Zugang zu
42 medizinischer Versorgung erhalten. Statt Essensgutscheinen müssen alle
43 Geflüchteten Geld zur Deckung ihres täglichen Lebensbedarfs bekommen. Auch
44 fordern wir kostenlose Deutschkurse für alle Geflüchteten! Darüber hinaus muss
45 Geflüchteten möglichst schnell nach ihrer Ankunft in der BRD die Möglichkeit
46 gegeben werden, zu arbeiten und so an der Gesellschaft teilhaben zu können. Es
47 dürfen keinerlei Abschiebungen aus Arbeits- und Ausbildungsverhältnissen heraus
48 erfolgen, ebenso wenig dürfen Geflüchtete aus Bayern in Krisen- oder
49 Kriegsgebiete abgeschoben werden. Der Familiennachzug muss für Geflüchtete mit
50 subsidiärem Schutz wieder ermöglicht werden und es dürfen keine weiteren
51 sicheren Herkunftsländer ausgewiesen werden. Das von der CSU eingeführte
52 "Integrationsgesetz" lehnen wir ab. Es gibt keine "Leitkultur", an die sich
53 Menschen angleichen müssen. Wir setzen uns für die Abschaffung dieses Gesetzes
54 zugunsten eines neuen ein, das Geflüchteten echte Teilhabe an der Gesellschaft
55 ermöglicht. Wir möchten auch Geflüchteten, die vor Not und Hunger geflohen sind,
56 eine Bleibeperspektive bieten.

57

58 Wir setzen uns ein für:

- 59 • Dezentrale Unterbringung von Geflüchteten und die Abschaffung von
60 Sammellagern
- 61 • Die möglichst schnelle Erteilung von Arbeitserlaubnissen an Geflüchtete
- 62 • Familiennachzug für Geflüchtete mit subsidiärem Schutz
- 63 • Kostenlose, flächendeckende Deutschkurse für Geflüchtete
- 64 • Keine Ausweitung von "sicheren Herkunftsländern"
- 65 • Keine Abschiebungen aus Bayern in Krisen- oder Kriegsgebiete
- 66 • Keine Abschiebungen aus Arbeits- oder Ausbildungsverhältnissen heraus

67 Siamo tutti Antifascisti - Endlich auch in ganz Bayern!

68

69 In Bayern gab es in den letzten Jahren einen massiven Zulauf für rechtsradikale
70 Gruppierungen und Parteien sowie einen starken Anstieg rechter Gewalttaten. Wir
71 wollen deswegen ein Maßnahmenpaket gegen rechte Gewalt. In einem ersten Schritt
72 müssen die Sicherheitsbehörden die Gefahr, die von rechtsradikalen Parteien wie
73 der AfD und rechten Organisationen ausgeht, erkennen und diese mehr ins
74 Blickfeld nehmen. Bei Letzteren müssen auch Verbote zur Bekämpfung dazugehören.
75 Wir fordern, dass rassistische und rechtsradikale Taten in der Öffentlichkeit
76 auch als solche klassifiziert werden. Angehörige der "Reichsbürgerbewegung" im
77 Staatsdienst müssen zudem aus ihren Positionen entfernt werden. Doch diese
78 kurzfristigen Maßnahmen reichen bei weitem nicht. Wir fordern deswegen, den Etat
79 für Präventionsmaßnahmen gegen Rassismus und Rechtsradikalismus deutlich zu
80 erhöhen. Vor allem für Alltagsrassismus, Homo- und Transfeindlichkeit sowie
81 modernen Antisemitismus müssen Schüler*innen in Bayern deutlich mehr und besser
82 sensibilisiert werden. Dazu gehört auch ein umfassendes Gedenken an die Opfer
83 des Nationalsozialismus und die konsequente Entfernung von Straßennamen oder
84 Denkmälern, die sich positiv auf Täter*innen des Nationalsozialismus beziehen.

85

86 Wir setzen uns ein für:

- 87 • Das Verbot der "Identitären Bewegung" und der bayerischen PEGIDA-
88 Gruppierungen
- 89 • Eine klare Benennung von rassistischer und rechter Gewalt
- 90 • "Reichsbürger*innen" raus aus dem Staatsdienst
- 91 • Einen deutlich höheren Etat für Präventionsmaßnahmen gegen Rechts
- 92 • Entfernung von Straßennamen und Denkmälern, die Täter*innen des
93 Nationalsozialismus würdigen

94 Für ein lebendiges und naturnahes Bayern!

95

96 Wir wollen eine Umwelt mit vielfältigen Tier- und Pflanzenarten. Das
97 Artensterben muss beendet werden und der aktuelle Bestand regelmäßig erfasst
98 werden. Mehr Nationalparks in Bayern sind dabei ein wichtiger Schritt, auch in
99 Städten muss mehr Lebensraum für Tiere und Pflanzen geschaffen werden. Der
100 Flächenverbrauch in Bayern von täglich 13,1 ha im Jahr 2015 muss auf unter 5 ha
101 begrenzt werden. Wir wollen ein naturnahes Bayern statt immer mehr
102 Umgehungsstraßen, ausgewiesene Gewerbegebiete oder Supermärkte auf der grünen
103 Wiese. Fracking darf in Bayern keine Chance haben und muss verboten werden.

104

105 Wir setzen uns ein für:

- 106 • Sieben Nationalparks in Bayern
- 107 • Ein Verbot von Fracking
- 108 • Grenzwert für Flächenverbrauch
- 109 • Rettung bedrohter Tier- und Pflanzenarten
- 110 • Keine Supermarkt-Ansammlungen auf der grünen Wiese

111 Die Energie der Zukunft ist erneuerbar!

112

113 Wir wollen eine Energieversorgung aus 100 % erneuerbarer Energie bis 2030 in
114 Bayern. Die Klimaziele können nur durch diesen Umstieg eingehalten werden. Die
115 Gefahren der Atomkraft dürfen nicht länger hingenommen werden, Atomkraftwerke
116 müssen sofort abgeschaltet und die sichere Endlagerung transparent angegangen
117 werden. Fossile Kraftwerke belasten die Umwelt enorm, ihre Kapazität muss
118 ebenfalls bis 2030 durch erneuerbare Energie übernommen werden. Der Ausbau der
119 Windenergie und dezentrale erneuerbare Energieversorgung in Bürger*innenhand
120 müssen endlich konsequent gefördert statt verhindert werden.

121

122 Wir setzen uns ein für:

- 123 • 100 % erneuerbare Energie bis 2030
- 124 • Sofortige Abschaltung aller Atomkraftwerke
- 125 • Ende der Windkraftblockade
- 126 • Dezentrale Energie in Bürger*innenhand

127 Menschen bewegen - mit einem starken ÖPNV!

128

129 Wir fordern die Mittel in den Landesförderprogrammen für den Öffentlichen
130 Personennahverkehr (ÖPNV) deutlich zu erhöhen, um den Kommunen die Möglichkeit
131 zu geben, die Infrastruktur ihres ÖPNV-Angebotes zu verbessern. Mindestens die
132 Hälfte der Mittel muss dabei in ÖPNV in ländlichen Regionen investiert werden.
133 Ebenfalls setzen wir uns für die Einführung eines Förderprogramms für
134 Nachtverbindungen ein. Bis zum Ende der nächsten Legislaturperiode wollen wir
135 einen einheitlichen, staatlich gelenkten Tarifverbund für ganz Bayern
136 etablieren, um den Ticketkauf zu vereinfachen, Verwaltungsaufwand zu sparen und
137 so die Ticketpreise zu senken. Langfristig streben wir einen ticketlosen,
138 umlagefinanzierten ÖPNV an. Schüler*innen, Studierenden und Auszubildenden unter
139 28 Jahren wollen wir sofort ein kostenloses, landesweit gültiges
140 Jahresnahverkehrsticket zur Verfügung stellen, das auch im Nahverkehr der
141 Deutschen Bahn in Bayern gültig ist.

142

143 Wir setzen uns ein für:

- 144 • Erhöhung der Mittel des Freistaates für den ÖPNV
- 145 • Förderprogramm für Nachtbusse
- 146 • Ein kostenloses, in ganz Bayern gültiges Jahresnahverkehrsticket für
147 Schüler*innen, Studierende und Auszubildende unter 28 und alle unter 18
- 148 • Mittelfristig ein einheitlicher, staatlich gelenkter Tarifverbund in ganz
149 Bayern

150 Bahn frei im Freistaat!

151

152 Auch die Bahn muss gestärkt werden, wenn wir eine wirkliche Verkehrswende
153 wollen. Wir fordern deswegen, alle noch vorhandenen und auch die bereits
154 stillgelegten Nebenstrecken in Bayern zu erhalten und nach und nach wieder
155 betriebsbereit zu machen. Dabei müssen gerade auch kleinere Bahnhöfe und
156 Haltepunkte im ländlichen Raum erhalten und barrierefrei ausgebaut werden. So
157 viele Strecken wie möglich müssen elektrifiziert werden, um langfristig einen zu
158 100% emissionsfreien Bahnbetrieb zu ermöglichen. Im Bundesverkehrswegeplan muss
159 die Priorität von Bahnstrecken gegenüber Straßen festgeschrieben werden. Wir
160 wollen außerdem die zweite Klasse in Regionalzügen sofort abschaffen: Eine
161 Klasse für alle!

162

163 Wir setzen uns ein für:

- 164 • Nebenstrecken erhalten und wieder betriebsbereit machen
- 165 • Alle Strecken in Bayern elektrifizieren
- 166 • Alle Bahnhöfe barrierefrei ausbauen
- 167 • Abschaffung der zweiten Klasse in Regionalzügen

168 Mit dem Rad mobil!

169

170 Gerade in großen Städten hat sich das Fahrrad inzwischen zu einem wichtigen
171 Fortbewegungsmittel entwickelt. Wir wollen deswegen Förderprogramme für den Bau
172 von Radschnellwegen und allgemein für den Ausbau des Radwegenetzwerkes schaffen.
173 Um das Radfahren zu erleichtern, muss auch der Bau von Radstellplätzen gefördert
174 werden und Fahrräder im ÖPNV und der Bahn kostenlos mitgeführt werden dürfen.

175

176 Wir setzen uns ein für:

- 177 • Förderprogramme für Radschnellwege und Radwegeausbau allgemein
- 178 • Kostenlose Mitnahme von Rädern in ÖPNV und Bahn

179 Verkehrswende statt Verbrennungsmotor!

180

181 Unser Ziel ist der schnellstmögliche Ausstieg aus dem Verbrennungsmotor. Gerade
182 in den Ballungszentren muss der fossil motorisierte Autoverkehr deswegen
183 zugunsten des ÖPNV, von Fahrrädern und Elektromobilität zurückgedrängt werden.
184 Es reicht dabei jedoch nicht, nur alle Autos mit Verbrennungsmotor durch solche
185 mit Elektromotor zu ersetzen. Der öffentliche Raum gehört allen, nicht nur den
186 Autofahrer*innen! Wir setzen uns deswegen für P&R-Parkplätze an den Stadträndern
187 ein. So bleiben Menschen auf dem Land, wo ein flächendeckender ÖPNV nicht so
188 schnell realisiert werden kann, mobil und die Luft in den Städten trotzdem
189 sauber.

190

191 Wir setzen uns ein für:

- 192 • Luftreinhaltungsprogramm in den Städten
- 193 • Bau von P&R-Parkplätzen

194 Koa Dritte: Gegen die dritte Startbahn am Flughafen München!

195

196 Flugzeuge sind mit Abstand die dreckigste Möglichkeit der Fortbewegung. Deshalb
197 müssen sich inländischer Verkehr und Kurzstreckenflüge Stück für Stück auf
198 andere Bereiche konzentrieren und die Förderung des Flugverkehrs dringend
199 eingestellt werden. Den Bau der dritten Startbahn am Flughafen München lehnen
200 wir ab.

201

202 Digitalisierung für alle!

203

204 Die Digitalisierung birgt Chancen und Risiken, denen wir uns stellen wollen.
205 Herausforderungen müssen in einem von einem Digitalisierungsministerium
206 gesteuerten Prozess und Bürger*innendialog angegangen werden, denn
207 Bildungslandschaft, Wirtschaft, das Energiesystem, Gesundheitsversorgung,
208 Verwaltung und viele weitere Bereiche stehen vor Umbrüchen und
209 Modernisierungschancen, Solidarität und soziale Aspekte dürfen nicht unter der
210 Digitalisierung leiden. Wir wollen eine flächendeckende und für alle Menschen
211 finanziell erschwingliche Internetversorgung, damit digitales Wissen von allen
212 abgerufen werden kann und alle überall online kommunizieren können. Um schnelles
213 Internet für alle Menschen sicherstellen zu können, muss der Breitbandausbau in
214 Bayern mit Glasfaserkabeln zu allen Haushalten bis 2025 fertiggestellt sein. Die
215 Freifunk-Initiative muss vom Freistaat gefördert werden, um mehr kostenlose
216 WLAN-Zugänge zu ermöglichen. Hasskriminalität im Internet muss entschieden
217 bekämpft werden. Das erreichen wir, wenn endlich auch in Bayern Online Anzeigen
218 gestellt werden können und eine Schwerpunktstaatsanwaltschaft gegen Hate-Speech
219 im Netz und Internetkriminalität ermittelt. Datenschutz und informationelle
220 Selbstbestimmung schreiben wir groß und wenden uns gegen massenhafte
221 Videoüberwachung.

222

223 Wir setzen uns ein für:

- 224 • Digitalisierungsministerium und Bürger*innendialog Digitalisierung
- 225 • Die Förderung der Freifunk-Initiative
- 226 • Bekämpfung von Hasskriminalität
- 227 • Datenschutz und informationelle Selbstbestimmung
- 228 • Keine massenhafte Videoüberwachung
- 229 • Breitbandausbau mit Glasfaser für alle bis 2025

230 Wirtschaften sozial, ökologisch und gerecht gestalten!

231

232 Die gerechte Aufteilung der Wirtschaftsfördermittel durch Genderbudgeting muss
233 dringend sichergestellt werden. Fördermittel und Räumlichkeiten für
234 Gründer*innen müssen in ganz Bayern bereitgestellt werden. Besonders
235 Investitionen in Klimaschutz und Energiewende müssen in Bayern mit
236 Förderprogrammen in Höhe von 300 Millionen Euro vorangetrieben werden. Die
237 Stärkung und der Ausbau regionaler Wirtschaftskreisläufe, von
238 Genossenschaftsmodellen und Gemeinwohlökonomien müssen vom
239 Wirtschaftsministerium gefördert und Informationen sowie Beratung bereitgestellt
240 werden. Die duale Ausbildung muss weiter gestärkt werden und jungen Menschen,
241 die trotz Schulabschluss und Bemühungen, keinen Ausbildungsplatz finden, eine
242 öffentlich geförderte, außerschulische und betriebsnahe Berufsausbildung
243 garantiert werden.

244

245 Wir setzen uns ein für:

- 246 • Gerechte Aufteilung der Wirtschaftsfördermittel
- 247 • Fördermittel und bayernweit Räumlichkeiten für Gründer*innen
- 248 • Förderprogramme für Klimaschutz und Energiewende in Höhe von 300 Millionen
- 249 Euro
- 250 • Ausbau regionaler Wirtschaftskreisläufe, von Genossenschaftsmodellen und
- 251 Gemeinwohlökonomien
- 252 • Stärkung der Dualen Ausbildung

253 Für eine demokratische Hochschullandschaft!

254

255 Wir setzen uns für eine demokratische Wissenschaft für eine demokratische
256 Gesellschaft ein. Hierfür wollen wir den Anteil an Grundmitteln zur
257 Hochschulfinanzierung deutlich erhöhen, um die Abhängigkeit von Drittmitteln zu
258 senken. Wir stellen uns klar gegen jede Form von Studiengebühren. Wir wollen die
259 akademische Selbstverwaltung stärken und die Verfasste Studierendenschaft
260 wiedereinführen. Die Arbeitsbedingungen insbesondere von Lehrbeauftragten und
261 studentischen Beschäftigten an Hochschulen müssen sich deutlich verbessern. Wir
262 stehen für eine schrittweise Angleichung der Rechte der Fachhochschulen an die
263 der Universitäten und einer stärkeren Förderung der Forschung an
264 Fachhochschulen. Wir stehen für mehr Transparenz und eine
265 Zweitveröffentlichungspflicht unter gemeinfreien Lizenzen (Open-Access). Wir
266 wollen durch gezielte Maßnahmen den Frauenanteil in der Wissenschaft langfristig
267 erhöhen. Die Aufgaben der Hochschulen sollen um Aspekte der
268 Technikfolgenabschätzung sowie der friedlichen und nachhaltigen Entwicklung
269 ergänzt werden.

270

271 Wir setzen uns ein für:

- 272 • Ausfinanzierung der Hochschulen
- 273 • Wiedereinführung der Verfassten Studierendenschaft
- 274 • Gegen alle Studiengebühren
- 275 • Verbesserung der Arbeitsbedingungen
- 276 • Stärkung der Fachhochschulen
- 277 • Förderung von Open Access

278 Alternative Kultur fördern!

279

280 Alternative und selbstverwaltete Jugendkultur muss genau so selbstverständlich
281 Fördermittel erhalten können, wie das bei Mainstream-Kulturprojekten und
282 etablierten Veranstaltungen der Fall ist. Die Städte und Gemeinden stehen auch
283 in der Verantwortung, Raum für Jugendliche zu schaffen. Ob das nun der Bolzplatz

284 um die Ecke ist, ein Jugendzentrum, in dem Künstler*innen Raum finden, oder
285 Probe- und Auftrittsräume für junge Musiker*innen.

286

287 Wir setzen uns ein für:

288 • Kulturförderung abseits von Oper und Lobster!

289 Für eine vielfältige Medienlandschaft und eine Reform des Rundfunkrats!

290

291 Wir wollen den bayerischen Rundfunkrat neu besetzen. Die Aspekte Vielfalt und
292 Staatsferne stehen hierbei für uns im Vordergrund. Wir streben an, dass sich
293 eine Mitgliedschaft im Rundfunkrat mit einer Mitgliedschaft in der
294 Staatsregierung ausschließt. Der Anteil von staatlichen und staatsnahen
295 Mitgliedern soll auf ein Viertel beschränkt werden. Außerdem streben wir eine
296 Erhöhung des Frauenanteils und der im Rundfunkrat vertretenen
297 Frauenorganisationen an. Um junge Menschen wieder mehr für die öffentlich-
298 rechtlichen Formate zu begeistern, soll weiter der Anteil an vertretenen
299 Jugendorganisationen deutlich erhöht werden. Weiter wollen wir eine Fachstelle
300 einrichten, die sich aus wissenschaftlicher Perspektive mit genderspezifischen
301 Angelegenheiten befasst und zu den Möglichkeiten der konsequenten Durchsetzung
302 von Gleichberechtigung im bayerischen Rundfunk berät. Diese Fachstelle soll auch
303 als Beratungsstelle für Medienschaffende fungieren. Dadurch sollen diese in
304 ihrer Arbeit unterstützt werden, die Gleichstellung der Geschlechter umzusetzen.
305 Hier soll auch eine Liste von Büchern erarbeitet werden, welche auf Grund ihres
306 Umgangs mit dem Thema Geschlecht besonders loblich sind und deshalb als
307 Schullektüre empfohlen werden können.

308

309 Wir setzen uns ein für:

310 • Mehr Jugend im Rundfunkrat

311 • Weniger Staat im Rundfunkrat

312 • Mehr Frauen im Rundfunkrat

313 • Eine Fachstelle für Geschlecht und Medien

314 • Schullektüre, die dem Thema Geschlecht angemessen begegnet

315 Stadt für alle!

316

317 Wir wollen eine Stadt für alle. Dafür streben wir eine Reduzierung des
318 Autoverkehrs in Innenstädten an, um die Stockoxid- und Feinstaubbelastung sowie
319 die Lärmbelastigung zu reduzieren. Wir möchten den öffentlichen
320 Personennahverkehr (ÖPNV) und den Fahrradverkehr deutlich stärken. Stadt muss
321 außerdem bezahlbar bleiben, deshalb ist eine wirksame Durchsetzung der
322 Mietpreisbremse notwendig. Wir brauchen dringend mehr Miet- und
323 Studierendenwohnungen, sowie energetische Modernisierungsmaßnahmen und
324 barrierefreien Umbau zahlreicher Wohnungen. Deshalb muss in Bayern der soziale
325 Wohnungsbau mit einer Milliarde Euro jährlich gefördert werden. Wir fordern
326 darüber hinaus ein Landesförderprogramm für die Umwandlung von Parkplätzen in
327 Grünflächen in Innenstadtlagen.

328

329 Wir setzen uns ein für:

- 330 • Eine wirksame Mietpreisbremse
- 331 • Förderprogramm für Grünflächen in den Städten
- 332 • Vorrang für ÖPNV und Radverkehr
- 333 • Eine Milliarde Euro für sozialen Wohnungsbau

334 Land statt Frust!

335

336 Damit der ländliche Raum attraktiv bleibt, muss es eine dezentrale
337 Gesundheitsversorgung geben. Supermärkte dürfen nicht mehr in Gewerbegebieten
338 konzentriert werden, sondern es muss stattdessen die Ansiedlung einer
339 wohnortnahen Nahversorgung gefördert werden. Wir wollen deswegen das
340 Landesentwicklungsprogramm dahingehend ändern, dass insbesondere in Kommunen
341 unter 5000 Einwohner*innen der Bau von Supermärkten "auf der grünen Wiese"
342 untersagt wird. Außerdem wollen wir ein Förderprogramm für genossenschaftlich
343 organisierte (mobile) Dorfläden auflegen.

344

345 Wir setzen uns ein für:

- 346 • Dezentrale Gesundheitsversorgung auf dem Land
- 347 • Wohnortnahe Nahversorgung
- 348 • Förderprogramm für Dorfläden

349 Echte Mitbestimmung für Jugendliche!

350

351 Junge Leute wollen und müssen in dieser Gesellschaft mitbestimmen können, denn
352 uns gehört die Zukunft. Aktive demokratische Teilhabe ist die Nahrung einer
353 lebendigen Demokratie. Wir setzen uns für eine Senkung des Wahlalters in Bayern
354 auf 14 Jahre ein, um auch jungen Menschen die Möglichkeit zu geben, ihre Zukunft
355 aktiv mitzugestalten. Perspektivisch wollen wir allen Menschen, die ihren
356 Wohnort in Bayern haben, ermöglichen zu wählen. Weiter fordern wir die
357 Möglichkeit für junge Menschen, bei Entscheidungen in den Kommunen, die sie
358 direkt betreffen (z.B. Bau von Jugendeinrichtungen, Skateparks, etc.),
359 mitbestimmen zu dürfen, zum Beispiel über die Einführung von Jugendparlamenten.

360

361 Wir setzen uns ein für:

- 362 • Das Senken des Wahlalters in Bayern auf 14 Jahre
- 363 • Einführung von Jugendparlamenten auf kommunaler Ebene

364 Die Hälfte der Macht den Frauen*!

365

366 Frauen* müssen die Gesellschaft gleichberechtigt mitgestalten können und sowohl
367 in der Politik als auch in der Wirtschaft richtig repräsentiert werden. Wir
368 fordern ein bayerisches Paritätsgesetz, das eine 50%-igen Mindestquotierung der

369 Bezirkslisten zur Landtagswahl einführt, um die Unterrepräsentation der Frauen*
370 im Landtag zu bekämpfen. Wir fordern die Aufnahme des Genderbudgetings in das
371 Gleichstellungsgesetz. Der Staat muss Vorbild sein, deshalb setzen wir uns für
372 eine geschlechtsparitätische Besetzung von Ämtern und Stellen ein, auf die der
373 Freistaat Bayern unmittelbaren Einfluss hat. Auch fordern wir die Vereinbarkeit
374 von Kind und Karriere zu verbessern. Kostenlose Kinderbetreuung und die
375 Abschaffung des Betreuungsgeldes müssen hier durchgesetzt werden. Wir
376 unterstützen die Forderung der Gewerkschaften, Entgelte anzugleichen. Bayerische
377 Frauenhäuser sind stark unterfinanziert und jede zweite Frau, die Schutz sucht,
378 muss abgewiesen werden. Deshalb fordern wir eine Erhöhung der Finanzierung der
379 Frauenhäuser um 100%.

380

381 Wir setzen uns ein für:

- 382 • Ein bayerisches Paritätsgesetz
- 383 • Eine 50% Quote für Ämter und Stellen des Freistaates Bayern
- 384 • Die Abschaffung des Betreuungsgeldes
- 385 • Ein Angleichen der Entgelte
- 386 • Die Erhöhung der Finanzierung bayerischer Frauenhäuser

387 Queer-Pride, bayernweit!

388

389 Wir kämpfen für eine Gesellschaft, in der Geschlecht und Sexualität keine Rolle
390 mehr spielen und alle die gleichen Rechte haben. Wir setzen uns für die
391 Repräsentation der geschlechtlichen und sexuellen Vielfalt in den bayerischen
392 Lehrplänen ein. Wir fordern, dass im Sexualkunde-Unterricht und durch
393 Repräsentation in anderen Fächern vermittelt wird, dass eine Einordnung
394 innerhalb von binären und heteronormativen Rollenbildern nicht notwendig ist und
395 alle Geschlechter und Sexualitäten gleichermaßen akzeptiert werden. Außerdem
396 fordern wir, die geschlechtsanpassenden Operationen bei intersexuellen Kindern
397 zu stoppen und Aufmerksamkeit für deren Existenz zu schaffen. Diese Operationen
398 sind ein massiver Eingriff in das Selbstbestimmungsrecht und müssen deshalb
399 sofort gestoppt werden.

400

401 Wir setzen uns ein für:

- 402 • Vielfalt in den bayerischen Lehrplänen
- 403 • Einen Stopp der geschlechtsanpassenden Operationen bei intersexuellen
404 Kindern
- 405 • Der Einsatz Bayerns für ein richtiges Transsexuellen-Gesetz

406 Bürger*innennahe Polizei statt Polizeistaat!

407

408 Unser Ziel ist eine bürger*innennahe Polizei. Für uns sind Veränderungen im
409 Polizeiapparat deswegen dringend notwendig! Das Unterstützungskommando (USK),
410 das bei Demonstrationen oft gewalttätig und eskalierend statt deeskalierend
411 auftritt, muss aufgelöst werden. Darüber hinaus müssen alle Polizist*innen im

412 Einsatz durch eine anonymisierte Nummernkennzeichnung jederzeit und eindeutig
413 identifizierbar sein. Eine Militarisierung der Polizei lehnen wir genauso wie
414 die Ausstattung selbiger mit Elektroschockwaffen ab. Zudem muss das
415 international geächtete Pfefferspray als Waffe der Polizei verboten werden.
416 Außerdem setzen wir uns für eine unabhängige Ermittlungsstelle mit umfangreichen
417 Befugnissen für Ermittlungen gegen Polizist*innen ein, um Interessenkonflikte
418 bei Ermittlungen gegen Polizeibeamt*innen künftig zu vermeiden. Ebenfalls muss
419 im Landtag ein*e unabhängige*n Polizeibeauftragte*n als Ansprechperson für
420 Bürger*innen eingesetzt werden. Weiterhin fordern wir die explizite
421 Festschreibung des Verbots von "Racial Profiling" im Polizeiaufgabengesetz und
422 Durchsetzung dieses Verbotes innerhalb der Polizeikräfte.

423

424 Wir setzen uns ein für:

- 425 • Auflösung des USK
- 426 • Keine Ausstattung der Polizei mit Elektroschockwaffen
- 427 • Verbot von Pfefferspray als Waffe der Polizei
- 428 • Anonymisierte Nummernkennzeichnung
- 429 • Einführung einer unabhängigen Ermittlungsstelle und einer*s
430 Polizeibeauftragten
- 431 • Verbot von „Racial Profiling“ ins Polizeiaufgabengesetz
- 432 • Keine Grenzkontrollen an der bayerisch-österreichischen Grenze

433 Verfassungsschutz abschaffen!

434

435 Eine Behörde wie der bayrische Verfassungsschutz, die bei der Überwachung von
436 Rechtsradikalen regelmäßig versagt oder, wie beim NSU-Komplex, mutmaßlich selbst
437 in rechte Terrorstrukturen verstrickt ist, hat keine weitere
438 Existenzberechtigung. Wir fordern deswegen als Sofortmaßnahme die Entlassung
439 aller V-Personen und anschließend die sukzessive Abwicklung und Abschaffung des
440 Verfassungsschutzes. Benötigt wird eine Institution, die mithilfe öffentlichen
441 Materials Informationen bereitstellt, wissenschaftlich aufbereitet und
442 regelmäßig über aktuelle Entwicklungen berichtet. Diese neue Institution
443 reduziert ihre nachrichtendienstlichen Tätigkeiten auf ein Minimum und arbeitet
444 eng mit Wissenschaft und Zivilgesellschaft zusammen.

445

446 Wir setzen uns ein für:

- 447 • Die sofortige Entlassung aller V-Personen
- 448 • Die mittelfristige Abwicklung und Abschaffung des Verfassungsschutzes

449 Repressive Gesetzgebung zurückdrängen!

450

451 Wir fordern die Abschaffung der im Sommer 2017 eingeführten Präventivhaft, mit
452 der sogenannte Gefährder*innen ohne den Verdacht auf eine Straftat praktisch
453 unbegrenzt eingesperrt werden können. Auch das Versammlungsrecht darf auf keinen

454 Fall weiter verschärft werden. Auch darüber hinaus muss beim Strafvollzug eine
455 Resozialisierung der Betroffenen im Mittelpunkt stehen. Bagatelldelikte wie
456 Schwarzfahren dürfen nicht mehr mit Haftstrafen bestraft werden. Wir fordern
457 deswegen die Abschaffung von Ersatzfreiheitsstrafen. Um Justiz und Polizei zu
458 entlasten, muss es zudem möglich sein, Cannabisprodukte zum Eigenbedarf
459 straffrei mit sich zu führen, bis die längst überfällige Legalisierung auf
460 Bundesebene realisiert wird.

461

462 Wir setzen uns ein für:

- 463 • Abschaffung der präventiven Unendlichkeitshaft
- 464 • Abschaffung von Ersatzfreiheitsstrafen
- 465 • Straffreies Mitführen von Cannabisprodukten zum Eigenbedarf

466 Die Freiheit sichern!

467

468 Eine weitere Ausdehnung der Videoüberwachung als Präventivmaßnahme lehnen wir
469 ab. Auch darf automatische Gesichtserkennungssoftware auf keinen Fall zur
470 Auswertung von Videodaten genutzt werden. Ebenfalls abzulehnen sind der Einsatz
471 sogenannter Staatstrojaner und allgemein die Überwachung und Bespitzelung von
472 Menschen durch Online-Durchsuchungen. Wir wollen die Freiheit der Menschen
473 sichern und keinen Überwachungsstaat!

474

475 Wir setzen uns ein für:

- 476 • Ablehnung von automatischer Gesichtserkennung
- 477 • Ablehnung von Online-Durchsuchungen

Begründung

Erfolgt mündlich.